

Kurze Einführung in die Geschichte der Jusos in der SPD

■ Von den Anfängen der Arbeiterjugendbewegung bis zu den Jungsozialisten in der SPD von heute ist es eine mehr als 100 Jahre lange bewegte Geschichte, deren wichtigste Etappen im Folgenden skizziert werden soll. Jeder hier aufgeführte Abschnitt kann kritisch hinterfragt werden - für diesen Zweck stehen einige Literaturtipps am Ende des Dokuments.

■ Die Arbeiterbewegung hatte sich zu Anfang des 20. Jahrhunderts in Deutschland etabliert, verfügte über verschiedene Organisationen, Einrichtungen im Sport- und Freizeitbereich und richtete sich in einem stabilen Milieu ein. Zu diesem Zeitpunkt beginnt die Geschichte der sozialistischen Arbeiterjugendbewegung. Als offizielles Gründungsdatum gilt hier das Jahr 1904, in dem in Berlin für den nördlichen Teil des damaligen Deutschen Reiches die organisatorische Basis der Arbeiterjugendbewegung gelegt wurde.

■ Die Gründe für die Entstehung einer proletarischen Jugendbewegung sind vor allem in den Umständen zu suchen, unter denen die ArbeiterInnenschaft und insbesondere jugendliche ArbeiterInnen am Anfang des 20. Jahrhunderts leiden mussten: also die extrem schlechten Arbeits- und somit auch Lebensverhältnisse. Als konkreter Auslöser der Bewegung gelten die besonders unwürdigen Arbeitsbedingungen der Lehrlinge, denn gerade sie fanden sich als erste in den Arbeiterjugendbildungsvereinen zusammen. Im Jahr 1904 sind dabei die ersten Schritte hin zu einer organisierten sozialistischen Arbeiterjugendbewegung gemacht worden. Im Norden und im Süden Deutschlands haben sich Arbeiterjugendliche in Vereinigungen zusammengefunden, die sehr ähnlich waren und zusammengenommen die damalige Reichsfläche zu einem großen Teil abdeckten. Sie hatten aber in diesem frühen Stadium ihrer Existenz bereits mit heftiger Gegenwehr von staatlicher Seite zu kämpfen: Veranstaltungen der Arbeiterjugend wurden überwacht und willkürlich verboten. Die Reaktion des Staates gipfelte im 1908 erlassenen Reichsvereinsgesetz, welches Personen unter 18 Jahren ein politisches Mitwirken in Vereinen grundsätzlich verbot. Um dieses zu umgehen, begab man sich in die Jugendpflege der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften und machte sich somit von deren weiterer Entwicklung mehr oder weniger abhängig. Konflikte zwischen den Altvorderen und den Jüngeren um Inhalte, Strategie und Ausdrucksformen waren dabei unvermeidlich und sollten eine weitgehende Konstante für die gesamte Geschichte der Arbeiterjugendbewegung bleiben.

■ Das Anwachsen der ArbeiterInnenjugend wurde durch den Ersten Weltkrieg zunächst gestoppt. Nach Beendigung des Krieges entstanden überall in Deutschland jungsozialistische Gruppen, die sich vorwiegend aus heimgekehrten und um ihre Jugendzeit betrogenen Soldaten zusammensetzten. Diese Gruppen wurden 1920 von der SPD offiziell als weitere Jugendorganisation anerkannt. Sie umfasste Jugendliche zwischen 18 und 25 Jahren und hatte in der gesamten Weimarer Zeit nie mehr als insgesamt 10.000 Mitglieder. Die Streitigkeiten in den Arbeiterparteien in Fragen von politischer Strategie und theoretischer Grundlagen sowie die daraus resultierenden häufigen Aufsplitterungen derselben, beeinflussten die betreuten Jugendorganisationen in gleicher Weise. So zeigt sich in den 1920er Jahren ein ebenfalls breites Spektrum an Vereinigungen der ArbeiterInnenjugend mit unterschiedlichsten Ideologien und Schwerpunktsetzungen. Auch die Jusos trugen intern und vorrangig mit ihrer Schwesterorganisation,

der Sozialistischen Arbeiterjugend (SAJ), erbitterte Konflikte um Profil und Ausrichtung der Arbeiterjugend aus.

■ Die Hauptgründe der damaligen Jugendlichen für den Eintritt in eine Vereinigung war die Aussicht auf das in den Organisationen herrschende intensive Leben, also der Wunsch, mit Gleichgesinnten und Gleichaltrigen zusammen zu sein, Wanderungen zu unternehmen, Spiele zu spielen, Sport zu treiben, eine eigene proletarische Subkultur zu erschließen etc. – aber auch die allgemeine und politische Weiterbildung, die vielen aus materiellen Gründen ansonsten verschlossen blieb. Eine der Hauptaufgaben aus den Anfängen der proletarischen Jugendbewegung galt somit der Weiterbildung von Arbeiterjugendlichen.

■ Nach der kurzen Stabilisierungsphase der Weimarer Republik erfasste die zunehmende Radikalisierung der politischen und sozialen Verhältnisse auch die Jusos. Ihre zum Teil bizarren, internen Streitigkeiten und ihre Entschlossenheit zu eigenständigen Aktionen veranlassten die SPD-Führung zu einem Exempel gegen die gesamte Parteilinke, indem der Parteitag 1931 die Jusos auflöste. Viele Jusos verließen im Zorn die SPD und schlossen sich anderen linkssozialistischen (Splitter-)Parteien an. Nach der nationalsozialistischen Machtergreifung wurden Mitglieder der SPD, die als einzige Partei im Reichstag gegen das Ermächtigungsgesetz gestimmt hatte, und andere Nazigeegner verfolgt, verhaftet, misshandelt und ermordet. Zwischen 1933 und 1945 bestimmten Emigration, Illegalität und Widerstand 12 Jahre die Geschichte der Sozialdemokratie und der ArbeiterInnenjugend.

■ Nach Beendigung des II. Weltkrieges wurden 1946 die Jungsozialisten als Arbeitsgemeinschaft der SPD wiedergegründet und die ArbeiterInnenjugend wieder ins Leben gerufen. Der Arbeitsgemeinschaft der Jusos gehören bis heute alle Parteimitglieder unter 35 Jahren an. In den Anfangsjahren bestimmen wiederum zunächst heimgekehrte Frontsoldaten das Bild der Jusos und anderer sozialdemokratischer Vor- und Umfeldorganisationen.

■ Bis 1967 waren die Jusos ein weitgehend loyaler und parteikonformer Nachwuchsverband der SPD. Die SPD kontrollierte die Jusos setzte bis zum Anfang der 1960er Jahre sogar die Bundesvorsitzenden ein. Entsprechend unterstützten die Jusos ihre Mutterpartei im Wahlkampf und konzentrierten sich auf politische Bildungs- und Schulungsarbeit. Infolge der allgemeinen gesellschaftlichen Entwicklung setzte in den 1960er Jahren eine Polarisierung der Juso-Basis ein, die schließlich bei der sogenannten „Linkswende“ 1969 auf einem Juso-Bundeskongress zu einer „Linken Mehrheit“ führte. Seitdem verstehen sich die Jusos als „Jugend- und Richtungsorganisation“, die die SPD in sozialistischer Richtung verändern will.

■ Verbunden mit der gesellschaftlichen Bewegung (APO, Civil Rights Movement) und der Linkswende der Jusos entwickelte sich eine Erneuerung und Öffnung der Jusos und der SPD, die u.a. mit den Worten "Mehr Demokratie wagen" von Willy Brandt umschrieben werden. Aufgrund des großen Zulaufs und der hohen Aktivität hatten die Jusos in dieser Zeit (Anfang der 1970er Jahre) eine wohl historisch einmalig hohe Akzeptanz und Durchsetzungskraft in Gesellschaft und Partei. So war z.B. das kommunalpolitische Arbeitsprogramm der Jusos von 1971 Impuls für das kommunalpolitische Grundsatzprogramm der SPD von 1974/75. Durch die sog. Doppelstrategie, die sowohl auf innerparteiliches Agieren wie auf Engagement in sozialen Bewegungen und die Zusammenarbeit mit externen BündnispartnerInnen setzt, sollte die Akzeptanz und Stärke der Jusos zusätzlich erhöht werden. Dem Aufbruch der Jusos und der SPD

zu Beginn der 70er Jahren entsprachen auch die Mitgliederzahlen. Anfang der 1970er Jahre gab es 300.000 Jusos. Ihren wachsenden Einfluss machten die Jusos auch personell innerhalb der SPD deutlich. Ortsvereine, Unterbezirke und auch einzelne Bezirke wurden „gekippt“, d.h. Juso-KandidatInnen oder andere KandidatInnen der Parteilinken wurden in verschiedene Funktionen und Ämter gewählt.

■ Innerhalb der Jusos gab es nun aber akademisch inspirierte Kontroversen über die "richtige Strategie" zur Umsetzung antikapitalistischer Strukturen, die schließlich auf Bundesebene zur Aufspaltung in drei Orientierungsrichtungen führte: die zunächst größere reformistisch- und dogmatische Strömung sowie zwei Minderheitsgruppen mit Stamokap- bzw. antirevisionistischer Orientierung. Die Diskussion zwischen diesen Theoriefraktionen absorbierte mehr und mehr die Potenz des Verbandes auf einer von der politischen Praxis häufig abgehobenen Ebene und bildete so die Grundlage dafür, dass die politische Bedeutung der Jusos wieder rapide abnahm. Dieser im Laufe der 70er Jahre tobende Theoriestreit klang nach dem Ausschluss des damaligen Bundesvorsitzenden Klaus-Uwe Benneter aus der SPD und einigen Repressionen gegen verschiedene Juso-Funktionäre 1977/78 langsam ab und versachlichte sich zunächst, mit dem Ergebnis, dass der Bundesvorstand in der Arbeitsgemeinschaft als Integrations- und gegenüber der Partei als Stabilisierungsfaktor wirken sollte. Organisatorische Erfolge konnten in dieser Zeit mit dem Aufbau der Juso-SchülerInnen erzielt werden, so gelang es die Gruppen auf Bundesebene zu koordinieren. Auch eine innerverbandliche Koordinierung und Verankerung der Juso-Hochschulgruppen gelang.

■ Die teilweise inhaltlich motivierten, teilweise aus Prinzip betriebenen Fraktionsauseinandersetzungen der 1970er Jahren lähmten die Jusos auch noch in den 1980er Jahren: Die personalpolitischen Auseinandersetzungen auf Bundesebene vermittelten den Eindruck von Zerstritten- und Zerrissenheit und reduzierten den Einfluss der Jusos in SPD und Gesellschaft. Auf dem Bundeskongress 1986 konnte nach langer Zeit mit dem beschlossenen Bundesarbeitsprogramm erstmals wieder ein neuer Aufbruch erzeugt werden. Die Jusos griffen die von den neuen sozialen Bewegungen angesprochenen Themen Ökologie, Frieden, Geschlechterrolle auf und gaben sich eine jugendpolitische und feministische Orientierung. Mit der Wahl der 23jährigen Bremer Studentin Susi Möbbeck zur Bundesvorsitzenden 1988 wurde dies noch einmal unterstrichen.

■ Mit dem Fall der Mauer 1989 bildeten sich in ostdeutschen Städten Juso-Gruppen unter dem Namen „Junge Sozialdemokraten“. Im September 1990 kam es zur Vereinigung mit den JungsozialistInnen, und der erste gemeinsame Bundeskongress fand im März 1991 in Potsdam statt. Bedeutend für diesen Bundeskongress war nicht nur die Vereinigung, sondern auch die Annahme einer bis heute gültigen Grundsatzerklärung der Jusos, die die Grundlage für eine klare sozialistische Ausrichtung des Verbands bildet.

■ Die bereits Ende der 1980er Jahre eingeführte Konzentration auf Projektarbeit und die Kampagneorientierung waren und sind die vorherrschende Arbeitsmethoden der Jusos in den 1990er Jahren. Durch die Kampagnen- und Projektorientierung versuchten die Jusos der bei Jugendlichen aufkommenden Tendenz zum kurzfristigeren, an konkreten Fragen orientierten politischen Engagement entgegenzukommen und verstärkt parteilose Jugendliche einzubeziehen. Hieran schließt sich die 1994 durch die SPD beschlossene Öffnung der Jusos für Mitarbei-

tende ohne SPD-Parteibuch an, welche heute von über 10.000 Jugendliche in Anspruch genommen wird.

■ Die Auseinandersetzungen der 1970er und 1980er Jahre haben die Jusos trotz der Erneuerung ihrer Arbeitsweise zunächst noch bis in die 1990er Jahre "mitgeschleppt", wenn auch zunehmend irrationaler. Nach dem Regierungswechsel 1998 und einer längeren, zum Teil den Verband lähmenden Strategiedebatte konnten Jusos im neuen Jahrtausend wieder Tritt fassen. Der Verband gestaltet sich nun inhaltlich pluralistischer, legt aber großen Wert darauf, gemeinsame Kompetenzen, Inhalte und Aktionen in zeitgemäßes, politisch entschlossenes Handeln umzusetzen. Die Jusos verstehen es als ihre Aufgabe die Anforderungen der jungen Generation an eine solidarische Modernisierung von Gesellschaft und Wirtschaft in politische Forderungen zu übersetzen und für ihre Erfüllung einzutreten. Dabei setzen die Jusos heute einen besonderen Schwerpunkt auf konkrete Beteiligungsangebote für Jugendliche und verstehen sich als Jugend-, Richtungs- und Beteiligungsverband.

Literaturtipps

- Lexikon des Sozialismus, Köln 1986.
- Baake, Dieter (Hrsg.), Jugend 1900-1970: Zwischen Selbstverfügung und Deutung, Opladen 1991.
- Jaide, Walter, Generationen eines Jahrhunderts, Opladen 1988.
- Knoll, Joachim H., Jugendbewegung – Phänomene, Eindrücke, Prägungen, Opladen 1988.
- Laquer, Walter, Die deutsche Jugendbewegung. Eine historische Studie, Köln 1983.
- Lüpke, Reinhard, Zwischen Marx und Wandervogel, Schriftenreihe der Studiengesellschaft für Sozialgeschichte und Arbeiterbewegung, Bd. 39, Marburg 1984.
- Mauersberger, Volker, Wie links dürfen Jusos sein, Reinbek 1974.
- Peukert, Detlev, Jugend zwischen Krieg und Krise. Lebenswelten von Arbeiterjugend in der Weimarer Republik, Köln 1987.
- Ristau, Malte, Jusos 1969 bis 1986: provokativ oder angepasst? In: Arbeitshefte zur sozialistischen Theorie und Praxis, Nr. 68, 1986.
- Rudolph, Karsten; Lennardt, Stefan; Wilke, Martin, Linkswende. 25 Jahre linke Jusos, Essen 1994.
- Schonauer, Karlheinz, Die ungeliebten Kinder der Mutter SPD, Bonn 1982.
- Schostock, Stefan; Westphal, Thomas, Jusos – Troika – Zukunft, in: spw Nr. 84/ 1995.
- Stephan, Dieter, Jungsozialisten: Stabilisierung nach langer Krise? 1969-1979, Bonn 1979.
- Walter, Franz, Jungsozialisten in der Weimarer Republik, Hrsg. Juso-Bundesvorstand, Kassel 1983.
- Zimmer, Jochen, „Wir haben früh erfahren...“ – Kurze Geschichte der sozialistischen Jugendbewegung/Jugendpflege in: sozialistische Tribüne, Zeitschrift für sozialistische Theorie, Hrsg. Juso-Bundesvorstand, Heft 2/1981, Bonn 1981.